

Das Wochenmagazin der SPÖ spoe.at



Aktuelle

8. Mai 2009 · Nr. 19 · 0,73 €

Gastkommentar des PES-Vorsitzenden
Poul Nyrup Rasmussen

EU-Wahl 2009

**Sozialdemokratie
stärken –
Pensionen sichern**

Der SPÖ-Intensivwahlkampf für die Wahlen zum Europäischen Parlament hat begonnen: Das A-Team der SPÖ und die gesamte Sozialdemokratie werden, allen voran Spitzenkandidat Hannes Swoboda, mit ganzer Intensität um die Stimmen der WählerInnen für ein sozialeres Europa werben. Denn ein sozialeres Europa bedeutet auch ein sozialeres Österreich. Wie etwa anhand der Pensionen festgemacht werden kann. Viele Menschen, die auf eine Zusatzpension gebaut haben, mussten in Folge der Weltfinanzkrise deutliche Einbußen hinnehmen – manche haben gar die Hälfte des Werts ihres Fonds verloren.

Nur klare Regeln für den Finanzmarkt und strengere Kontrollen können solchen gewissenlosen Spekulanten, die das Finanzmarkt-Kartenhaus zuerst aufgebaut haben und dann einstürzen ließen, einen Riegel vorschieben. Und das geht eben nur, wenn hier EU-weit vorgegangen wird. Für solche strengen Vorschriften in Europa steht die SPÖ, für diese Partei ist der Mensch wichtiger als der Markt. Und daher brauchen wir eine gestärkte Sozialdemokratie im Europäischen Parlament.

Eure Redaktion

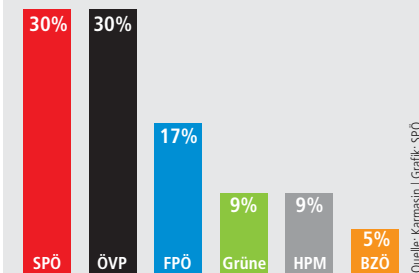
Highlights der Woche

Sozialdemokratie in Europa stärken – Pensionen sichern	4
Der Euro hat Österreich viele Vorteile gebracht	5
SPÖ-Arbeitsgruppe zu Verteilungsge-rechtigkeit	6
Das war der 1. Mai 2009	8
Gastkommentar von PSE-Vorsitzenden Poul Nyrup Rasmussen	14

Gleichstellung auf den Tisch gebracht

Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek lud zu einem runden Tisch mit Sozialpartnern und Industriellenvereinigung zum Thema Gleichstellung von Frauen am Arbeitsmarkt – mit Erfolg. „Es geht nun nicht mehr um die Frage ‚ob‘, sondern nur noch darum ‚wie‘ mit der Gleichstellung von Frauen am Arbeitsmarkt umgegangen wird“, zeigte sich die Ministerin erfreut. Heinisch-Hosek wies erneut auf das Potential weiblicher Arbeitskräfte hin, auf das die Wirtschaft nicht verzichten kann, sowie auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Für die nächsten fünf Jahre wird nun ein

EU-Sonntagsfrage



EU-Wahlen: SPÖ Kopf-an-Kopf mit ÖVP

Eine aktuelle Karmasin-Umfrage für das Nachrichtenmagazin "profil" zeigt, dass es bei der EU-Wahl am 7. Juni um jede Stimme geht. Denn die SPÖ mit Spitzenkandidat Hannes Swoboda und die ÖVP mit Ernst Strasser liegen bei der EU-Sonntagsfrage Kopf-an-Kopf. Und: Die FPÖ legt – verglichen mit der EU-Wahl 2004 – massiv zu. Mit Verlusten müssen hingegen die Grünen und Hans-Peter Martin rechnen.

mitreden.spoee.at

Meinungsforum: Null-Lohnrunden: (K)eine richtige Antwort?

Teile der Industrie haben mit Blick auf die Wirtschaftskrise in der letzten Zeit Null-Lohnrunden gefordert. Bundeskanzler Werner Faymann hält das für die falsche Antwort, denn bei einer Null-Lohnrunde würde rund die Hälfte der Steuerentlastung wieder hinfällig. Was es gegen die Krise braucht, ist eine Erhöhung der Kaufkraft, stellt Faymann fest.

Diskutieren Sie mit über Sinn und Unsinn von Null-Lohnrunden.



SPÖ

SPÖ-Gesundheits-sprecherin Sabine Oberhauser

Oberhauser wird ÖGB-Vizepräsidentin

Die SPÖ-Gesundheitssprecherin Sabine Oberhauser wird voraussichtlich die Nachfolgerin von Roswitha Bachner als ÖGB-Vizepräsidentin. Sie wurde vom FSG-Bundesfraktionsvorstand des ÖGB designiert. Oberhauser ist Kinderärztin und war bis 1998 als Personalvertreterin in der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten tätig. In gesundheitspolitischen Fragen hat sie sich außerdem als Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft „ÄrztInnen im ÖGB“ einen Namen gemacht.

Zitat der Woche

„Wir wollen die Menschen im Arbeitsprozess halten. Daher investieren wir auch massiv in die Infrastruktur, um Beschäftigung abzusichern“

Infrastrukturministerin Doris Bures



APA/Schlager

NR-Präsidentin Barbara Prammer

Parlament: Gedenktag gegen Gewalt und Rassismus

„Gedenken ist mehr als Erinnerung – 'Vom Begräbnis aller menschlichen Würde' zur Unteilbarkeit der Menschenrechte“ – unter diesem Motto stand der diesjährige Gedenktag gegen Gewalt und Rassismus, der im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus im Parlament begangen wurde. Bundespräsident Heinz Fischer und NR-Präsidentin Barbara Prammer forderten einen moralischen Grundkonsens gegenüber der Verharmlosung von Faschismus und Antisemitismus.



Jäger

Frauen-ministerin Gabriele Heinisch-Hosek

Strategieplan ausgearbeitet und eine interministerielle Arbeitsgruppe eingerichtet.



Wir wollen mehr!

Die EU-Kommission will Hedge-Fonds künftig deutlich stärker kontrollieren. EU-Binnenmarktkommissar Charlie McCreevy plant eine Zulassungspflicht für Anbieter von Hedge-Fonds, die in der EU tätig sind und eine Größe von 250 Mio. Euro erreichen. Ein kleiner Schritt in die richtige Richtung, aber wir wollen mehr.



Reuters/Stapleton

Es ist Zeit für strengere Kontrollen an den internationalen Finanzmärkten.

Die EU-Kommission will Hedge-Fonds künftig deutlich stärker kontrollieren. EU-Binnenmarktkommissar Charlie McCreevy plant eine Zulassungspflicht für Anbieter von Hedge-Fonds, die in der EU tätig sind und eine Größe von 250 Mio. Euro erreichen. Ein kleiner Schritt in die richtige Richtung, aber wir wollen mehr.

Angeichts des Desasters, das durch den Zusammenbruch der internationalen Finanzmärkte verursacht worden ist, kommt nun auch in die EU-Kommission Bewegung. Wenn nun der Binnenmarktkommissar ankündigt, dass Hedge-Fonds deutlich stärker kontrolliert werden sollen, dann ist das ein Schritt in die richtige Richtung. Nicht mehr und auch nicht weniger. Wir SozialdemokratInnen wollen allerdings mehr. Für uns ist

jetzt die Zeit gekommen, auf den Trümmern des internationalen Finanz- und Wirtschaftssystems eine neue Ordnung aufzubauen. Eine Ordnung, die sich an der Realwirtschaft orientiert, und in der Beschäftigung und Wachstum, Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit die tragenden Säulen sind. Ein System, das sich tatsächlich an den Bedürfnissen der Menschen in Europa orientiert.

Es ist unsere Aufgabe, die Chance nicht ungenutzt verstreichen zu lassen und uns auf allen Ebenen dafür einzusetzen, dass diese Wirtschaftsordnung bald Realität wird. Die EU-Wahlen am 7. Juni sind ein willkommener Anlass, um die Konzepte und Lösungsvorschläge der Sozialdemokratie zu thematisieren. Europa hat dann eine Zukunft, wenn es ein sozialdemokra-

tisches Europa ist. Zu lange wurden die Institutionen der EU, die Kommission, der Ministerrat, das EU-Parlament, der Europäische Gerichtshof von konservativ-liberalen Eliten beherrscht. Wenn wir Europa sozial gerecht gestalten wollen, dann müssen wir das jetzt tun. Dann müssen wir in aller Deutlichkeit aufzeigen, dass eine stärkere Kontrolle von Hedge-Fonds zwar begrüßenswert, als alleinige Maßnahme aber zu wenig ist. Wir stellen generell ein System in Frage, in dem einzig Marktinteressen zählen. Ein System, in dem ArbeitnehmerInnen und KonsumentInnen die Zeche für fahrlässiges, von Profitgier getriebenes Missmanagement bezahlen, können wir nur ablehnen.

„Europa hat dann eine Zukunft, wenn es ein sozialdemokratisches Europa ist.“

Daher fordern wir auch eine umfassende Regulierung und Kontrolle aller Akteure auf dem europäischen Finanzmarkt. Von Hedge-Fonds, Private-Equities, Staatsfonds und all den anderen – für normale BürgerInnen nur schwer durchschaubaren – Strukturen, deren Entscheidungen oft über zehntausende Arbeitsplätze bestimmen und die bisher ohne entsprechende Regulierung und Kontrolle von staatlichen oder europäischen Institutionen getroffen worden sind, sondern einzig und allein vom Gedanken des schnellen Profits getragen waren. Der Zeitpunkt ist gekommen, da wir Europa zu einer Union der BürgerInnen machen müssen. Ein Europa, in dem die Interessen der ArbeitnehmerInnen Vorrang haben, in dem die Realwirtschaft zählt und Konsens darüber herrscht, die Daseinsvorsorge nicht zu privatisieren. Ein Europa, in dem die BürgerInnen mitentscheiden. ♦

Pensionen auch in Europa sichern!

Die SP-Fraktion im EU-Parlament verspricht, für ein sozialeres Europa zu sorgen – das heißt auch, für gerechte und vor allem sichere Pensionen.



Eine starke Sozialdemokratie in Europa sorgt dafür, dass die verdiente Pension finanziell abgesichert ist – und nicht skrupellosen Spekulanten zum Opfer fällt.

Die SozialdemokratInnen setzen sich für die Stärkung der öffentlichen Altersvorsorge ein, die den Lebensstandard im Alter erhalten und die Kaufkraft der Pensionen garantieren soll.

„Bereits vor Ausbruch der Finanzkrise haben wir darauf hingewiesen, dass risikoreiche Finanzprodukte nicht unreguliert bleiben dürfen. Das hat Auswirkungen auf die Arbeitsplätze und die soziale Sicherheit.“

**SPÖ-Spitzenkandidat
Hannes Swoboda**

Es wäre eine Schande, würde es im reichen Europa zu einer neuen Altersarmut kommen. Darum fordert die SPÖ stabile Sozialversicherungen in Europa sowie qualitativ hochwertige und leistbare medizinische Versorgung und Pflege – allesamt Voraussetzungen für die generationenübergreifende Solidarität.

Gerade bei den Pensionen gilt, dass sich der bedingungslose Glaube an die Unfehlbarkeit des Marktes erneut als unhaltbar

erwiesen hat. Das führt uns zurück zu den schwarz-blau-orangen Zeiten in Österreich, wo vehement versucht wurde, die staatlichen Pensionen aufzuweichen und den Menschen geraten wurde, auf private Pensionsfonds zu setzen. Diejenigen, die sich dabei auf die damalige Regierung verlassen haben, mussten wegen der Finanzkrise große Verluste hinnehmen. Dazu kamen die Schlüsselchen Pensionskürzungen – diese trafen vor allem diejenigen schmerzhaft, die wegen mangelndem „Kleingeld“ auf die staatliche Pension angewiesen waren. Private Pensionsvorsorge kann als besondere Zusatzleistung neben der öffentlichen natürlich bestehen, soll diese aber keinesfalls ersetzen. Wird das versucht, so drohen einkommensschwächere Personen in ihrer Pension in die Altersarmut gedrängt zu werden. Die SPÖ sieht das als Irrweg und wird dem auch europaweit entgegensteuern.

Finanzmarktkontrolle trägt zur Pensionssicherung bei

Aber auch viele ArbeitnehmerInnen, die in freiwillige Firmenpensionen eingezahlt haben, mussten in Folge der Finanzkrise

empfindliche Verluste ihrer Pensionen hinnehmen. Die Sozialdemokratie will daher auch direkt bei den Finanzmärkten ansetzen, die skrupellosen Spekulanten Tür und Tor geöffnet haben. Bereits vor Ausbruch der Finanzkrise hat die SPÖ immer wieder darauf hingewiesen, dass risikoreiche Finanzprodukte nicht einfach unreguliert bleiben dürfen. „Wie sich dann in dramatischer Weise gezeigt hat, gibt es Auswirkungen auf die gesamte Weltwirtschaft und damit auf die Arbeitsplätze und soziale Sicherheit“, betont der SPÖ-Spitzenkandidat für die EU-Wahl Hannes Swoboda. Deshalb fordert die EU-Delegation der SPÖ ein Frühwarnsystem und eine Finanzmarktaufsicht. An einer Transaktionssteuer wird ohnehin kein Weg vorbeiführen, das sehen sogar schon konservative Kreise ein. Allerdings warnt Swoboda: „Die ÖVP versucht, mit ihrer singulären Forderung nach einer europäischen Finanztransaktionssteuer die Frage der Steuergerechtigkeit auf die europäische Ebene abzuwälzen. Diese Vorgangsweise entzieht uns aber jegliche Argumentationsgrundlage in der EU. Nur wenn wir auch innerstaatlich bereit sind, Maßnahmen zu treffen, können wir unsere Vorschläge auch auf EU-Ebene einbringen.“

**SPÖ fordert
solidarische Sozialunion**

Die europäische Politik muss sich den Herausforderungen der Zeit stellen. Bereits für die Jüngsten soll die Förderung von Bildungsangeboten vorangetrieben, hochwertige und leistbare Gesundheitsversorgung für alle gewährleistet und ein Altern in Würde ermöglicht werden. Genau dafür braucht es aber besonders viele, vor allem junge Beschäftigte, die mit guten Löhnen und sicheren Arbeitsplätzen die Pensionen nach dem Umlagensystem sichern. Die SPÖ steht für eine europäische Wirtschafts- und Sozialpolitik, die das Ziel der Vollbeschäftigung und der sozialen Sicherheit mit einem abgesicherten Pensionssystem konsequent verfolgt. ♦

„SCHMÄH UND WAHRHEIT“

Der Euro: nicht Handicap, sondern Vorteil

Die FPÖ wird nicht müde, den Mythos zu trommeln, dass Österreich ohne den Euro besser dastünde. Tatsächlich wäre das Gegenteil der Fall. „SPÖ Aktuell“ startet die neue Serie „Schmäh und Wahrheit“ und beginnt mit den Unwahrheiten zur gemeinsamen Währung.



Zimmer Österreichs Kaufkraft liegt im Spitzenfeld

Auch die Zweifel an Österreichs Kaufkraft sind reiner Populismus. Gemessen an Kaufkraft und am Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner zählt unser Land heute zu den reichsten Staaten der Welt. Die durchschnittliche Kaufkraft der österreichischen Verbraucher ist die achtstärkste in Europa, wie eine GfK-Studie zeigt. Pro Person stehen hierzulande 20.045 Euro im Jahr zur Verfügung. Der europäische Durchschnitt liegt bei 12.500 Euro. In Liechtenstein, das Platz eins belegt, beträgt die Kaufkraft 44.851 Euro. Dahinter liegt Luxemburg (28.192 Euro) auf dem zweiten Platz. Vor Österreich, das sich gegenüber 2007 um einen Rang verbessert hat, liegen noch Norwegen, Irland, Dänemark und Island. Zu den Top Ten, aber klar hinter Österreich liegend, gehören außerdem Frankreich (19.525 Euro) und Deutschland (18.734 Euro). ♦

SPÖ-Spitzenkandidat Hannes Swoboda macht deutlich, dass der Euro und die gemeinsame europäische Währung Österreich entscheidende Vorteile bringt.

Tatsache ist: Der Euro hat Österreich eine Menge Vorteile gebracht. Allein schon durch den Wegfall der Wechselgebühren. Eine Tatsache, die für jede/n ÖsterreicherIn bei Auslandsurlaube erfreulich erlebbar ist, sich aber auch positiv auf die Export-Bilanz unseres Landes ausgewirkt hat.

Missernten und steigende Nahrungsmittelpreise, aber auch hausgemachte Faktoren, die Nachwirkungen der schwarz-blau-orangen Regierung waren. In der aktuellen Finanzkrise ist der Euro ein wichtiger Schutzschirm, wie die massiven Spekulationen gegen die Währungen der Nicht-Euro-Länder Dänemark und

Der „Teuro“-Schmäh

Die FPÖ will die ÖsterreicherInnen glauben machen, die gemeinsame Währung hätte nichts gebracht – im Gegenteil, der Euro hätte unserem Land geschadet. „Wir wollten den Euro nicht. Er ist zur Realität geworden, aber er hat uns keine Vorteile gebracht ... Wir haben dank Euro viel von unserer Kaufkraft verloren.“

(FPÖ-Obmann HC Strache, „Österreich“, 3. Mai 2009)

Vor dem EU-Beitritt hatte Österreich Inflationsraten, die zum Teil doppelt so hoch waren, wie nach dem Beitritt. An den Preissteigerungen von 2007 und Anfang 2008 ist nicht der Euro schuld, sondern eine Reihe von Faktoren: Zum Beispiel die Explosion des Ölpreises bedingt durch die große Nachfrage nach Rohstoffen in Schwellenländern wie China oder Indien,

Schweden beweisen. Ein Stolpern in die Krise ohne Euro und EZB hätte fatale Folgen für ganz Europa gehabt. Laut WIFO gewinnen gerade in Zeiten der Krise die Währungsunion und der Euro an Attraktivität – vor allem auch in jenen Ländern, die am stärksten von der Finanzkrise betroffen sind – wie Island und Großbritannien.

INFO

10 Jahre Euro

Am 1. Jänner 1999 wurde der Euro gemeinsame Währung in elf EU-Ländern. Bezahlen konnte man in Euro aber erst nur per Überweisung, Kreditkarte und EC-Karte. Der physische Euro wurde am 1. Jänner 2002 in zwölf Staaten eingeführt. Nach der EU-Osterweiterung kamen weitere vier Länder dazu. Die 16 Euro Länder: Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Malta, Niederlande, Österreich, Portugal, Slowakei, Slowenien, Spanien, Zypern. 329 Millionen EuropäerInnen zahlen in Euro.

Für die Einführung des Euro müssen die so genannten Maastricht-Kriterien erfüllt werden: Die Inflation darf nicht mehr als 1,5 Prozentpunkte über dem Durchschnitt der drei EU-Länder mit der niedrigsten Teuerung liegen, der Wechselkurs muss zwei Jahre vor Eintritt in die Währungsunion stabil gehalten werden, die langfristigen Zinsen dürfen nicht zu hoch sein, das Budgetdefizit darf nicht höher als 3 Prozent, und die Staatsverschuldung nicht über 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) sein.

VERTEILUNGSGERECHTIGKEIT

Arbeit entlasten hat Vorrang

Das SPÖ-Präsidium hat die interne Arbeitsgruppe zum Thema „Verteilungsgerechtigkeit“ formal eingesetzt. Diese soll Vorschläge für ein gerechteres Steuersystem erarbeiten.

Konkret soll die Arbeitsgruppe – unter Einbindung von Landes- und Jugendorganisationen – in erster Linie vier Punkte behandeln: Forciert werden sollen demnach die Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer, ein Spekulationsverbot (etwa auf Nahrungsmittel, Wasser und Energie), geprüft werden sollen eine Änderung in der Stiftungsbesteuerung sowie eine Vermögens-

„Innovative Strategien für gerechte Steuerstrukturen in Österreich haben in unserer Perspektivengruppe oberste Priorität.“

**SPÖ-Bundesgeschäftsführer
Günther Kräuter**

zuwachssteuer auf Finanzgeschäfte und Spekulationen. Es geht darum, Möglichkeiten auszuloten wie man ein gerechteres Steuersystem schaffen kann, so Bundeskanzler und SPÖ-Vorsitzender Werner Faymann. Die zwei übergeordneten Ziele lauten: „Arbeit entlasten, Vermögen belasten“. Nicht gemeint sind damit die „DurchschnittsbürgerInnen und Häuslbauer“, betonte der Kanzler.



SPÖ-Vorsitzender Werner Faymann präsentiert JournalistInnen die Ergebnisse des Parteipräsidiums.

Auf Faymanns Initiative hat das Präsidium die Vorgehensweise in der Frage der Verteilungsgerechtigkeit im Steuersystem diskutiert und einstimmig beschlossen. SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter, der gemeinsam mit Finanzstaatssekretär Andreas Schieder die Arbeitsgruppe leitet, betonte, dass die Diskussion in der SPÖ „geordnet und sachorientiert“ geführt wird. „Unsere Perspektiven-

gruppe wird ohne Zeitdruck sachlich fundierte und zielorientierte Vorschläge für gerechtere Steuerstrukturen in Österreich erarbeiten. Der Mittelstand – und dazu gehören Häuslbauer, Sparbuch- und ParzellenbesitzerInnen, MieterInnen, sowie ArbeiterInnen und Angestellte – dürfen auf keinen Fall allein die Zeche für die Wirtschafts- und Finanzkrise zahlen“, verdeutlicht Kräuter noch einmal. ♦

LANDESVERTEIDIGUNG

Humanistisches Bundesheer als Ziel

Verteidigungsminister Norbert Darabos legte in einer Grundsatzrede in Mautern ein Bekenntnis zur Wehrpflicht ab und kündigte Investitionen in Kasernen an.



Verteidigungsminister Norbert Darabos hielt vor dem versammelten Generalstab seine Grundsatzrede.

Das Bundesheer, so Darabos, ist „dank der Wehrpflicht auch integraler Bestandteil der Zivilgesellschaft“, weshalb er sich gegen die Abschaffung selbiger als „einen wichtigen Bestandteil der österreichischen Demokratie“



Der Wehrpflichtige im Mittelpunkt: Darabos will Kasernen erneuern und die Wehrpflicht attraktiver gestalten.

aussprach. Er kündigte zu Gunsten einer Vergrößerung der Truppe einen Abbau der Verwaltung an. Darabos bekennt sich zu 100 Prozent zu den Auslandseinsätzen, die mit dem Mandat der Vereinten Nationen Frieden und Menschenrechte sichern. Außerdem ließ Darabos den Generalstab einen Maßnahmenkatalog zur Verbesserung der Bedingungen für Wehrdiener erstellen. Da auch die Miliz ein integraler Bestandteil des Bundesheeres ist, werden die Milizübungen 2009/2010 wie geplant durchgeführt. Das Budget erlaubt zwar keine allzu großen Sprünge, massive Bau-Investitionen für Kasernen-Erneuerung werde es allerdings geben. ♦

ARBEITSMARKT

Kampf gegen Arbeitslosigkeit geht weiter

Dank der zahlreichen Initiativen der Regierung ist die Arbeitslosigkeit im Vergleich zum Vormonat ein wenig gesunken.



BMASK

Sozialminister Hundstorfer liegt die Jugend besonders am Herzen. Mit der Jugendstiftung will er Chancen und Perspektiven für junge Menschen schaffen

Lag die Arbeitslosigkeit im März noch bei 7,5 Prozent, sank sie im April auf 7,1 Prozent. Dies löst angesichts der schwierigen Situation am Arbeitsmarkt zwar keine Begeisterungstürme aus, ist jedoch ein klarer Beweis für

den engagierten Kampf der Bundesregierung gegen die Arbeitslosigkeit. Laut Sozialminister Hundstorfer haben im März 74.000 arbeitslose Personen wieder einen Arbeitsplatz gefunden, 60.000 Arbeitsplätze konnten bereits durch die Kurzarbeit

gerettet werden. Die Infrastrukturoffensive im Rahmen der Konjunkturpakete sowie die Steuerentlastung leisten einen ebenso wichtigen Beitrag zur aktiven Arbeitsmarktpolitik, wie die Ausbildungsgarantie für Jugendliche und die „Aktion Zukunft Jugend“.

Arbeitsstiftung für 2.000 Jugendliche

Um die Jugendarbeitslosigkeit einzudämmen, präsentierte der Sozialminister nun eine Jugendstiftung. 2.000 Jugendliche zwischen 19 und 24 Jahren, die mindestens drei Monate bei KMU oder Arbeitszeitüberlassern beschäftigt waren und ihren Job verlieren, können daran teilnehmen. Während der Stiftungsdauer (maximal vier Jahre) können die jungen Menschen eine fundierte Ausbildung vom Lehrabschluss bis zur Fachhochschule absolvieren. Wichtig ist, dass den jungen Menschen während dieser Zeit das Arbeitslosengeld verlängert wird, damit diese vor der Notstandshilfe bewahrt werden. ♦

ÖBB

Bahn soll zukunftsfit werden

Verkehrsministerin Doris Bures hat ein neues ÖBB-Strukturgesetz in Begutachtung geschickt. Die ÖBB soll dadurch flexibler und effizienter werden.

Zentrales Vorhaben ist eine Reduktion der elf starr geregelten Gesellschaften der ÖBB auf fünf, statt fünf Leitgesellschaften soll es in Zukunft nur mehr drei geben. Das Gesetz soll noch im Juni den Ministerrat passieren und im Juli, also noch vor dem Sommer, vom Nationalrat beschlossen werden. „Unser oberstes Anliegen ist es, die Wettbewerbsfähigkeit der ÖBB zu stärken, um die Bahn zukunftsfit für das 21. Jahrhundert zu machen“, betonte die Ministerin. Aufgabe der Politik sei es, den Rahmen dafür zu schaffen, dass das Unternehmen die enormen Aufgaben bewältigen kann, so Bures. ♦



Rigaud

**Verkehrsministerin
Doris Bures**

POST

Klare Absage an Verscherbler

ÖIAG-Chef Peter Michaelis will angeblich mittelfristig 25 Prozent der Post an die Deutsche Post verkaufen. Die SPÖ erteilt dem eine klare Absage.

Laut „profil“ sind die Verkaufsgespräche zwischen ÖIAG-Vorstand Michaelis und Vertretern der deutschen Post bereits im Gange. Dabei liegt überhaupt kein Privatisierungsauftrag seitens der Regierung vor. SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter forderte umgehend ein klares Dementi von ÖIAG-Chef Michaelis. „Sollte tatsächlich trotz laufendem Begutachtungsverfahren zum neuen Postmarktgesetz und ohne Regierungsauftrag Herr Michaelis Alleingänge unternommen haben, sind die Tage von Michaelis an der Spitze der ÖIAG gezählt.“ Die ÖIAG selbst reagierte im Anschluss mit einem Rückzieher. Ausschlaggebend dafür war vermutlich, dass sich die SPÖ sofort im Interesse der Beschäftigten der Post positioniert hat. ♦



Zinner

**SPÖ-Bundesgeschäftsführer
Günther Kräuter**

DAS WAR DER 1. MAI

SPÖ auf Seiten der

Im Rahmen der Maikundgebung machte die SPÖ deutlich, dass der Kampf gegen Arbeitslosigkeit und für soziale Gerechtigkeit jetzt umso mehr im Mittelpunkt ihres politischen Handelns steht.



Zahlreiche befreundete Organisationen der SPÖ feierten den 1. Mai gemeinsam mit den politischen Spitzen und verließen ihren Forderungen lautstarken Ausdruck.

Der 1. Mai wurde heuer zur Gänze von der internationalen Wirtschaftskrise überschattet. Das Thema fand sich auf den Plakaten der GenossInnen ebenso wieder, wie in den Reden der RednerInnen. Umso deutlicher war das Zeichen der Solidarität und Geschlossenheit gegen die Krise und für die Menschen, das die Sozialdemokratie setzte: Mehr als 100.000 Menschen nahmen an der traditionellen Kundgebung am Wiener Rathausplatz teil. Neben etlichen befreundeten Organisationen waren zahlreiche Be-

sucherInnen gekommen, um an der Maikundgebung teilzunehmen. SPÖ-Vorsitzender und Bundeskanzler Werner Faymann stellte sich im Rahmen seiner Rede am Tag der Arbeit klar hinter die ArbeitnehmerInnen, die in erster Linie von der Krise betroffen sind und unterstrich die sozialdemokratischen Werte: „Wir treten für eine gerechte, für eine soziale Gesellschaft ein – mit fairen Chancen für jeden Menschen in diesem Land. Diese Werte, die unsere Bewegung stark gemacht haben, sind die Messgröße für die Politik, die wir vertreten.“

Klare Absage an Null-Lohnrunde

Eine klare Absage gab es vom Parteivorsitzenden an Null-Lohnrunden, wie sie von Vertretern der Industrie kürzlich gefordert wurden. „Die Steuersenkung hat vielen ArbeitnehmerInnen etwas gebracht, aber bei einer Null-Lohnrunde wäre mindestens die Hälfte der Entlastung wieder hinfällig.“ Kritik für den Vorschlag einer Null-Lohnrunde hagelte es auch von Wiens Bürgermeister Michael Häupl, ebenso wie für die Ablehnung der Vermögenszuwachssteuer durch



Fotos: SPÖ (5), Lehmann (7), Rubra (2)

ArbeitnehmerInnen

ÖGB, FSG und die SPÖ-geführte Bundesregierung ziehen an einem Strang im Kampf um Arbeitsplätze und für soziale Gerechtigkeit.



Am Vorabend zum 1. Mai fand der traditionelle Fackelzug statt: Unter dem Motto „Lichter gegen Rechts“ setzten die Jugendorganisationen ein Zeichen gegen Rechtsradikalismus.

den Finanzminister. Die ArbeitnehmerInnen hätten die Krise nicht verursacht, stellte Häupl klar, daher „werden wir gemeinsam für eine Lösung dieser Krise kämpfen und dass es nachher eine geordnetere Welt gibt“. Der Bürgermeister und Vizebürgermeisterin Renate Brauner hoben überdies die Lebensqualität der Bundeshauptstadt hervor. Mit einem „herzlich Willkommen in der lebenswertesten Stadt der Welt“, begrüßte Brauner die Menschenmenge. Dass Wien die Nummer eins sei, sei den WienerInnen sowie der Sozialdemokratie zu verdanken. In Zeiten der Krise sei es wichtig, bei der Europawahl die Sozialdemokratische Fraktion zu unterstützen und ein starkes Zeichen zu setzen: „Wir brauchen ein

Europa, das auf die ArbeitnehmerInnenrechte sowie auf Frauenrechte Rücksicht nimmt, ein sozialdemokratisches Europa, auf das sich die Menschen verlassen können. Denn Europa muss ein Schutzschild für die Rechte der Menschen sein, nicht für das Kapital.“

Gewerkschaft kämpft für soziale Gerechtigkeit

Für die VertreterInnen der Gewerkschaft standen neben dem Kampf um die Arbeitsplätze auch ein gerechteres Steuersystem im Mittelpunkt. ÖGB-Präsident Erich Foglar lobte den gemeinsam geführten Kampf von Gewerkschaft, FSG und SPÖ-

„Wir treten für eine gerechte, für eine soziale Gesellschaft ein – mit fairen Chancen für jeden Menschen in diesem Land.“

Bundeskanzler Werner Faymann

geführter Bundesregierung gegen die Arbeitslosigkeit. AK-Präsident Tumpel betonte, dass „die Sozialdemokratie für eine gerechtere Gesellschaftsordnung steht, deshalb kämpfen wir für mehr Gerechtigkeit bei Steuern und Löhnen“. In diesem Sinne bedankten sich Tumpel, und Foglar bei Bundeskanzler Werner Faymann für die gute Zusammenarbeit. ♦



Traditionell feiern SPÖ-PolitikerInnen gemeinsam mit der Bevölkerung vor der SPÖ-Bundespartei-Zentrale in der Wiener Löwelstraße den Tag der Arbeit. Auch heuer wurde dieser Anlass wieder für zahlreiche Gespräche und politische Diskussion genutzt.

INTERVIEW I

„Arbeitsplätze statt Managerprämien“

Entschieden gegen eine Null-Lohnrunde spricht sich der Wiener AK-Präsident und FSG-Spitzenkandidat Herbert Tumpel im „SPÖ Aktuell“-Interview aus.



Wien-FSG-Spitzenkandidat Herbert Tumpel

SPÖ Aktuell: Vertreter der Industrie treten angesichts der Wirtschaftskrise für eine Null-Lohnrunde ein. Was sagen Sie zu diesen Forderungen?

Herbert Tumpel: Ich habe für dieses Ansinnen absolut kein Verständnis. Es kann nicht sein, dass die ArbeitnehmerInnen und und in Österreich die Zeche für die Krise, an der sie vollkommen schuldlos sind, alleine zahlen. Im Gegenteil: Jetzt sind vor allem Manager und Aktionäre ge-

AK fordert, einen gerechten Beitrag zur Bewältigung der Finanzkrise zu leisten.

Was konkret fordern Sie?

Herbert Tumpel: Laut einer AK-Studie haben die 14 größten börsennotierten Unternehmen heuer Gewinnausschüttungen von zwei Milliarden Euro beschlossen. Und die Einkommen deren Manager haben sich in den letzten fünf Jahren mehr als verdoppelt. Hier ist es sicher nicht überzogen, die Verantwortung der Manager und Unternehmen einzumachen. Die Gewinne müssen investiert werden, wir brauchen Arbeitsplätze statt Managerprämien. Die Androhung einer Nulllohnrunde ist angesichts dieser Zahlen ein Hohn: Das werden wir niemals akzeptieren.

Wird aus Ihrer Sicht genug gegen den Anstieg der Arbeitslosigkeit getan?

Herbert Tumpel: Ich habe genau so we-

nig Geduld, wie die arbeitslos gewordenen Menschen. Das Geld ist da, jetzt müssen die angekündigten Projekte zur Wirtschaftsankurbelung raschest umgesetzt werden. ♦

ZUM THEMA

ArbeitnehmerInnen brauchen starke FSG in AK

In Wien und Niederösterreich laufen die AK-Wahlen auf Hochtouren. Noch bis 18. Mai kann in tausenden Betrieben gewählt werden. Wer im Betrieb kein Wahllokal hat, kann per Brief wählen, oder – wichtig! – auch ohne Wahlkarte in ein öffentliches Wahllokal gehen. „Gerade jetzt ist es wichtig, die FSG zu stärken“, appelliert Herbert Tumpel. Die ArbeitnehmerInnen brauchen eine starke FSG in einer starken AK – gehen Sie zur AK-Wahl und motivieren Sie auch Ihre KollegInnen und FreundInnen! ♦

INTERVIEW II

Halber Lohn ist nicht genug

Hermann Haneder, FSG-Spitzenkandidat für die AK-Wahlen in Niederösterreich, über die Folgen der Finanzkrise und wie dagegen vorgegangen werden soll.



NÖ-FSG-Spitzenkandidat Hermann Haneder

SPÖ Aktuell: Die Finanzkrise hat auch Österreich voll erfasst, die Zahl der Arbeitslosen ist stark angestiegen. Was soll und kann die Politik tun, um die negative Entwicklung am Arbeitsmarkt zu bremsen bzw. zu stoppen?

AK **Hermann Haneder:** Ganz konkret muss man überprüfen, ob und wie die bisherigen Konjunkturpakete wirken. Das Gebot der Stunde: Projekte beschleunigen und vor allem darauf achten, dass sie auch Arbeitsplätze bringen – nicht jede Baustelle schafft Jobs! Ein wesentlicher Punkt ist die Erhöhung des Arbeitslosengeldes, auch wenn das der Koalitionspartner blockiert. Derzeit muss ein Facharbeiter mit etwas mehr als 50 Prozent seines bisherigen Einkommens auskommen, aber das Leben geht zu 100 Prozent weiter!

Ein besonderes Anliegen ist Ihnen die Ausbildung unserer Jugendlichen. Was sind hier Ihre konkreten Forderungen?

Hermann Haneder: Die Ausbildungsgarantie wirkt, das ist gut so. Gerade in einer Zeit, wo Lehrstellen und Arbeitsplätze für Jugendliche Mangelware sind, wird es aber umso wichtiger, dass wir auch auf die Qualität der Ausbildung achten. Die Krise darf nicht als Freibrief missbraucht werden, so nach dem Motto, die Jungen müssen froh sein, überhaupt arbeiten zu dürfen.

Abschließende Frage: Sie treten zum ersten Mal als Spitzenkandidat der FSG NÖ bei den AK-Wahlen an. Was sind Ihre Ziele?

Hermann Haneder: Ganz klar: Eine überdeutliche Mehrheit für die FSG – denn nur die steht wirklich zu den ArbeitnehmerInnen in diesem Land. ♦

Geschichte

Die jüdische Gemeinde in Simmering

Herbert Exenberger beleuchtet in seiner Forschungsarbeit die Geschichte der jüdischen Gemeinde in Wien-Simmering.

Was Herbert Exenberger, der seit mehr als fünf Jahrzehnten ehrenamtlich im Bezirksmuseum Simmering arbeitet, auf fast 400 kenntnisreichen Seiten vorlegt, ist nichts weniger als ein wichtiges und notwendiges Erinnerungszeichen. Es sind die Erinnerungen an die jüdische Gemeinde in Simmering von 1848 bis 1945.

Die Leserschaft wird in dieser Forschungsarbeit mit einer Fülle von genau recherchierten Informationen und einer Vielzahl von Fotografien versorgt, die

Exenberger in rund 20-jähriger Recherche zusammengetragen hat. So erfahren die LeserInnen beispielsweise, dass der erste jüdische Bethausverein bereits 1863 in Simmering gegründet wurde, während im Jahr 1875 die erste jüdische Religionschule folgte. Das Buch macht in seinem Detailreichtum die Geschichte Simmerings für eine breite Öffentlichkeit zugänglich – und bewahrt als Stück Erinnerungskultur damit auch das Wissen über die jüdische Bevölkerung. ♦

☐ Stk.


Herbert Exenberger:
Gleich dem kleinen Häuflein der Makkabäer
Mandelbaum Verlag,
Wien 2009; 384 S., 24,90 €

Frauen

Mut zur Freiheit

Weibliche Lebensentwürfe als Künstlerinnen, Philosophinnen und Politikerinnen im Spiegelbild ihrer Zeit.

Was haben die Philosophin Helene von Druskowitz, die Schauspielerin Tilla Duriex und die Künstlerin Ida Maly gemeinsam? Sie haben mit dem traditionellen Frauenbild gebrochen und sind neue Wege gegangen. Unabhängig, freiheitsliebend und widerständig nutzten sie einen wichtigen Wendepunkt ihres Lebens für einen ersten Schritt in Richtung Selbstverwirklichung. Die Autorin erzählt in ihrem Buch von 14 faszinierenden Frauen mit beeindruckenden Lebensgeschichten – von

Frauen, die den Mut besaßen, gesellschaftlichen Zwängen zu trotzen, die ihre Leidenschaft lebten und außergewöhnliche Erfolge feierten. Petra Unger zeichnet ihre Frauenporträts entlang biografischer Bruchlinien, die sie als Chance für eine selbstbestimmte Lebensform darstellt und bietet interessante Anregungen für die Auseinandersetzung mit den eigenen modernen Um- und Aufbrüchen. Hier stehen Frauen im Rampenlicht: Mutig und unkonventionell. ♦

☐ Stk.


Petra Unger:
Mut zur Freiheit.
Faszinierende Frauen.
Bewegte Leben.
Metroverlag, Wien 2009;
157 S., 16,90 €

Sachbuch

Was würde Google tun?

Internetexperte Jeff Jarvis zeigt auf, wie jede/r von den innovativen Google-Strategien profitieren kann.

Welche Strategien das am schnellsten wachsende Unternehmen der Weltgeschichte benutzt, um Überzeugungsarbeit bei seinen KundInnen zu leisten und wie sie diese auch noch zu begeisterten PartnerInnen machen, wird im aktuellen Buch von Jeff Jarvis beleuchtet. Über 30 ausgeklügelte Google-Strategien werden vorgestellt.

Die Grundthesen beruhen auf den neuen, innovativen Unternehmensprinzipien des Internetsuchanbieters, die sich

konsequent an der veränderten Wirtschaftssituation unseres so genannten Kommunikationszeitalters orientieren. Klares Ziel ist es, aufzuzeigen, welchen Nutzen auch Normalsterbliche daraus ziehen können.

Der Autor wurde vom World Economic Forum in Davos 2008 zu einer der 100 einflussreichsten Persönlichkeiten der Medienwelt gewählt. Jarvis ist auf dem Gebiet des interaktiven Journalismus weltweit eine anerkannte Kapazität. ♦

☐ Stk.


Jeff Jarvis:
Was würde Google tun?
Heyne Verlag,
München 2009;
416 Seiten. 20,60 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der **Buchhandlung Löwelstraße**

1014 Wien, Löwelstraße 18

Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534 27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



SPÖ FRAUEN

„Rabenmutter“tag 2009



SPÖ Frauen

Gemeinsam für berufstätige Mütter: Die SPÖ Frauen kämpfen für Vereinbarkeit von Beruf und Familie.



Auch heuer haben die SPÖ Frauen wieder zum traditionellen „Rabenmutter“tag geladen, der ganz im Zeichen der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf stand.

Im Fokus des diesjährigen „Rabenmutter“tages standen auch die kommenden EU-Wahlen. Die Kandidatin für das Europäische Parlament, Evelyn Regner, stellte klar: „Ein gutes Angebot im Bereich der Kinderbetreuung würde die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern.“ Nationalratspräsidentin und SPÖ-Bundesfrauenvorsitzende Barbara Prammer bekräftigte: „Berufstätige Mütter sind selbstverständlich genauso gute Mütter, wie nicht berufstätige.“ Frauenministerin Gabriele

Heinisch-Hosek betonte, dass „die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gegeben sein muss“. Dafür müssen die nötigen Rahmenbedingungen und Angebote von der Politik geschaffen werden. Auch die Väter sind hier gefordert, denn viele müssen sich endlich ihrer Verantwortung bewusst werden und Frauen bei der „unbezahlten“ Arbeit und der Kinderbetreuung unterstützen. Und SPÖ-Bundesfrauengeschäftsführerin Bettina Stadlbauer machte sich für die rasche Umsetzung der Barcelona-Ziele der EU im Bereich der Kinderbetreuung stark. ♦



KÄRNTEN

FSG gewinnt AK-Wahl



Klarer Sieg mit Zwei-Drittel-Mehrheit für die Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen bei den Arbeiterkammer-Wahlen in Kärnten.

Ganze 66,8 Prozent Zustimmung (48 von 70 Mandaten) konnte die FSG bei der AK-Wahl für sich verzeichnen – damit wurde Günther Goach eindrucksvoll in seiner Position als AK-Präsident bestätigt. Die FSG verfügt weiter über neun Vorstandsvorsitzende und drei VizepräsidentInnen, während der ÖAAB seinen Vorstandssitz verloren hat. Goach wertet die 66,8 Prozent für seine Fraktion als Auftrag, weiterhin für die ArbeitnehmerInnen-Rechte zu kämpfen. Neben Kärntens SPÖ-Chef Reinhart Rohr stellte sich auch SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter mit einer Gratulation ein: „Ein tolles Signal der Kärntner SozialdemokratInnen“. ♦



Eggenberger

Ihm haben die WählerInnen vertraut – AK-Präsident und FSG-Spitzenkandidat Günther Goach.

TIROL

Info-Zentrum für Integration



Schwer zugängliche und komplexe Materialien zum Themenbereich Migration sollen einfach, schnell und gebündelt angeboten werden.

Anlässlich des Gedenktages gegen Gewalt und Rassismus präsentierte Soziallandesrat Gerhard Reheis eine neue Einrichtung, die sich in erster Linie mit Migration und Integration auseinandersetzen soll. Das IMZ, Informations- und Monitoring-Zentrum für Migration und Integration, verfolgt das Ziel, Daten, Fakten und Materialien benutzerfreundlich und niederschwellig an Menschen auf kommunaler Ebene, MedienvertreterInnen und andere MeinungsbildnerInnen weiterzugeben. ♦



SPÖ Tirol

V.l.: Gerhard Hetfleisch (Zemittel-Geschäftsführer), Eva Konrad (Leiterin des IMZ), LR Gerhard Reheis, Johannes Gstir (Integrationsreferat des Landes Tirol)

VORARLBERG

93 Prozent für Ritsch



SPÖ Vorarlberg

Die SPÖ Vorarlberg bietet regionale Lösungen gegen die Krise an. Der wiedergewählte Landesvorsitzende Michael Ritsch kann sich über einen gelungenen Parteitag am Tag der Arbeit freuen.



Die SPÖ setzte beim Landesparteitag ein klares Signal für die Betroffenen der Krise. Der wiedergewählte Vorsitzende will die Partei als sozialste Kraft Vorarlbergs etablieren.

In seiner Parteitagsrede am 1. Mai ging SPÖ-Landesparteivorsitzender Michael

Ritsch vor den rund 300 Delegierten und Interessierten auf die Situation der ArbeitnehmerInnen in Vorarlberg, in Anbetracht der wirtschaftlich rauen Zeiten, ein. Ritsch, der mit 93 Prozent der Delegiertenstimmen wiedergewählt wurde, ließ mit fünf Vorschlägen zur Unterstützung der von der Krise Betroffenen aufhorchen. Die SPÖ könne als Partei

zwar keine globalen Probleme lösen, regionale Lösungen aber sehr wohl anbieten. Dabei präsentierte der SPÖ-Chef erstmals die Idee eines „Vorarlberg Fonds“. Dieser sieht vor, dass Banken temporär ausstehende Kredite von ArbeitnehmerInnen stunden, die durch Einkommenseinbußen ihre Kredite nicht mehr bedienen können. In dieser Zeit übernimmt das Land Vorarlberg die anfallenden Zinsen.

Auffanggesellschaft für KMU

Weiteres forderte Ritsch eine landeseigene Auffanggesellschaft für in Turbulenzen geratene aber sanierungsfähige Klein- und Mittelbetriebe (KMU). Diese Auffanggesellschaft soll Anteile von krisengeschädigten Unternehmen kaufen und, wenn es dem jeweiligen Betrieb wieder besser geht, verkaufen. Damit sollen gerade in Zeiten der Krise Arbeitsplätze sichergestellt werden. ♦

WIEN

Mehr PolizistInnen für die Bundeshauptstadt



Mit einer Unterschriftenaktion fordert die SPÖ Wien 1.000 zusätzliche PolizistInnen für Wien.

Die Kriminalitätsrate steigt an, während immer weniger Fälle geklärt werden – dieses Faktum darf nicht länger hingenommen werden, so der Wiener SPÖ-Landespartei sekretär Christian Deutsch, der daran erinnert, dass unter Schwarz-Blau massiv und verantwortungslos bei der Sicherheit gespart wurde. Diese Kürzungen hätten die Exekutive empfindlich geschwächt, so Deutsch, der betont: „Die Menschen haben sich die größtmögliche Sicherheit in ihrer Stadt verdient!“ Deshalb wird Innenministerin Fekter jetzt per Unterschriftenliste (Download unter www.wien.spoe.at) aufgerufen, „Wien endlich 1.000 zusätzliche PolizistInnen zu geben“, so Deutsch. ♦



SPÖ Wien

Kämpft für mehr Sicherheit in Wien – SPÖ-Landespartei sekretär Christian Deutsch.

ARBÖ BURGENLAND

ARBÖ in weiblichen Händen



Endlich: In der 110-jährigen ARBÖ-Geschichte in Österreich gibt es jetzt mit Gabriele Rittenbacher seit 1. Mai 2009 die erste Frau an der Spitze eines Landesverbandes.

Gabriele Rittenbacher konnte sich in einem Auswahlverfahren gegen 27 Mitbewerber durchsetzen und verfügt über langjährige ARBÖ-Erfahrung. So ist die Zukunft der LO Burgenland in sehr guten Händen, sind ARBÖ-Generalsekretär Peter Stuppacher und Burgenlands ARBÖ-Präsident, Landesrat Peter Rezar, überzeugt. Unter den ersten GratulantInnen war Staatssekretär Josef Ostermayer, der für 20-jährige Mitgliedschaft im ARBÖ Schattendorf geehrt wurde und selbst eine Laudatio für Josef Trimmel zu dessen 25-jährigem Jubiläum als Ortsklubobmann hielt. ♦



ARBÖ

Das prominenteste Mitglied des ARBÖ Schattendorf, Staatssekretär Josef Ostermayer, und die neue Landesgeschäftsführerin des ARBÖ Burgenland, Gabriele Rittenbacher.



EUROPÄISCHE ZUSAMMENARBEIT

Es geht um mehr als bloße Friedenssicherung

PES-Vorsitzender Poul Nyrup Rasmussen über die EU als Friedensprojekt, über die Zukunft des europäischen Sozialmodells und über die Bedeutung des Zusammenhaltens in schwierigen Zeiten.

Sicherlich, die Europäische Integration hat sehr erfolgreich zur Schaffung und Sicherung des Friedens beigetragen. Aber die Errungenschaften des europäischen Projekts gehen wesentlich weiter. Immerhin, die pan-europäische Zusammenarbeit und Innovation haben es zustande gebracht, aus der Vielzahl der Völker und Kulturen dieses unterjochten, in Trümmern liegenden hungernden Kontinents die weltgrößte, egalitärste und produktivste Volkswirtschaft zu errichten. Das dürfen wir nicht vergessen.

„Die EU wurde neben einem Friedensprojekt auch ein sozio-ökonomisches Projekt. Ganz im Zentrum seines Erfolges steht das sozialdemokratische Gesellschaftsmodell.“

Die EU wurde neben einem Friedensprojekt auch ein sozio-ökonomisches Projekt. Ganz im Zentrum seines Erfolges steht das sozialdemokratische Gesellschaftsmodell; eine Gesellschaft, die durch die Leistungen der arbeitenden Menschen und Gewerkschaften geformt und gebaut wird, und dessen politische Verfechter Parteien wie die SPÖ aus der Familie der PES sind. Aber dieses Modell ist in Gefahr.

Ich sage das, weil ich glaube, dass wir an einem Punkt der europäischen Geschichte angelangt sind, an dem wir Bilanz ziehen können. Wo waren wir erfolgreich; wo haben wir versagt; welche nachhaltigen Werte

und praktischen Erfahrungen können wir identifizieren. Wenn eine Lektion herausragt, dann ist es jene, dass die gemeinsame Sozial- und Wirtschaftspolitik Sinn macht, wenn es darum geht, unseren einzigartigen Weg des europäischen Sozialmodells in einer globalisierten Welt zu verteidigen. Die stufenweise Integration nationaler Politiken, von der Kohle- und Stahl-Gemeinschaft bis zur Lissabon-Strategie hat eine Schlüsselrolle gespielt, Investitionen aus dem Ausland zu steigern, ökonomische Dynamiken zu verbessern und ein gebildetes und wettbewerbsfähiges Potential an Arbeitskräften zu entwickeln.

Denn die koordinierte Umsetzung und Realisierung der sozial- und wirtschaftspolitischen Ziele der Lissabon-Strategie kann die Beschäftigungsrate von rund 11 Prozent und das BIP zwischen 12 Prozent und 23 Prozent steigern. Dies könnte sogar noch weiter durch eine intelligente Verwendung des EU-Budgets unterstützt werden, welches – trotz seines geringen Anteils am gesamten EU-BIP von 1 Prozent – eine überproportional wichtige Rolle bei der Herstellung von Synergieeffekten spielen könnte. Geld, das in Zusammenarbeit investiert wird, ist gut angelegtes Geld. Und dies gilt gleichermaßen für wohlhabende Länder, wie Österreich, wie auch für die neuen Mitgliedsstaaten.

Zu jenen, die sagen, dass unsere Union nicht zusammen gegen den derzeitigen Sturm stehen kann, den konservativen und liberalen Führern, die glauben, dass nun Grenzen dicht gemacht und unser Sozialmodell aufgelöst werden müssen, Solidarität

unseren europäischen Freunden versagt und kurzfristige nationale Agenden durchgesetzt werden müssen, sage ich:

„Die Zukunft dieses großartigen sozio-ökonomischen Projekts hängt von unserer Fähigkeit und unserem Willen zur Zusammenarbeit ab.“

„Seid gewarnt. Wir sind mit Zusammenarbeit so weit vorangekommen. Aber das Gegenteil wird eintreffen, wenn wir in schwierigen Zeiten nicht zusammenhalten. Ob wir den sich in einer schwierigeren Situation befindenden EU-Mitgliedsstaaten die Unterstützung versagen, oder ob wir unsere Anreiz- und Recovery-Strategien nicht zu koordinieren vermögen und ob es uns gelingen wird, uns mit einer klaren und kohärenten Stimme auf der Bühne der Weltpolitik Gehör zu verschaffen, eines ist sicher: Für Uneinigkeit werden wir einen hohen Preis zahlen. Die Zukunft dieses großartigen sozio-ökonomischen Projekts hängt von unserer Fähigkeit und unserem Willen zur Zusammenarbeit ab. Die Linke versteht das. Versteht ihr das auch?“ ♦

Poul Nyrup Rasmussen war von 1993 bis 2001 Ministerpräsident von Dänemark.

Der Politologe ist Mitglied des Europäischen Parlaments und seit April 2004 Vorsitzender der PES, der Sozialdemokratischen Europäer.

TERMINKALENDER

Freitag, 8. Mai

Auftaktveranstaltung zur EU-Wahl-Kampagne der SPÖ

Am 7. Juni wird in Österreich das Europäische Parlament gewählt. Die SPÖ tritt mit dem besten Team unter der Führung des Spitzenkandidaten Hannes Swoboda an. Ziel ist, wieder die stärkste Delegation im EU-Parlament zu stellen. Am 8. Mai ist der Startschuss der österreichweiten EU-Kampagne der SPÖ, mit Bundeskanzler Werner Faymann und einem Europatalk mit den SPÖ-SpitzenkandidatInnen Hannes Swoboda und Evelyn Regner. PVÖ-Präsident Karl Blecha wird die Abschlussrede halten. Dominic Heinzl wird die Veranstaltung moderieren und Sandra Pires wird für die musikalische Untermalung sorgen.

Beginn: 17.30 Uhr (Einlass 17 Uhr)

Millennium Event Center

Wehlstraße 66 / 5. OG

Montag, 11. Mai

EU-Wahl-Großveranstaltung in Leoben



SPE

Der steirische
EU-Wahl-
Kandidat MEP
Jörg Leichtfried

Auch in Leoben wird SPÖ-EU-Spitzenkandidat Hannes Swoboda Halt machen, um die Menschen vom Wahlmanifest der SPÖ und den Vorschlägen des A-Teams zu überzeugen. Von den steirischen SPÖ-Bezirksgeschäftsführungen werden Busse zum Event angeboten – die Anmeldung hierfür ist bei der jeweiligen Bezirksgeschäftsführung vorzunehmen. Gemeinsam mit LH Franz Voves, Bundeskanzler Werner Faymann und SPÖ-EU-Abgeordnetem Jörg Leichtfried wird Hannes Swoboda der Bevölkerung Rede und Antwort stehen. Informationen:

www.stmk.spoe.at

Beginn: 19 Uhr

Hauptplatz

8700 Leoben

Dienstag, 12. Mai

Diskussionsabend der SPÖ Liesing

Die SPÖ Liesing veranstaltet eine Diskussion zum Thema „Österreichisch leben – Europäisch denken. Die Zukunft einer bürgernahen Europäischen Union“. Zu Gast ist SPÖ-EU-Spitzenkandidat Hannes Swoboda.

Um Anmeldung wird gebeten unter:

Ulrich Monika, Tel.: 01/865 356 8-13

ulrich.monika@spoe.at

Beginn: 19 Uhr

Liesinger Platz 3 / 2. Stock, 1230 Wien

Mittwoch, 13. Mai

Abschluss der Europatalks

Diese Veranstaltung bietet den Rahmen zur Übergabe des in zahlreichen Vorveranstaltungen erarbeiteten Gestaltungs-Rucksackes an die zukünftige Europaabgeordnete Karin Kadenbach, sowie den Auftakt des Intensivwahlkampfes der Jungen Generation NÖ, mit der Präsentation eines Wahlkampfvideos. Es diskutieren unter Anderem: EU-Spitzenkandidatin Karin Kadenbach, LHStv. Sepp Leitner, LRin Karin Scheele und Bgm. NR Hannes Fazekas sowie die EU-Jugendkandidaten Günther Sidl und Michael Pieber. Um Anmeldung wird ersucht:

dachdecker@drechsler.cc oder

anton.feilinger@spoe.at. Alle Infos um

die anderen Europatalks gibt es unter:

www.europatalk.at

Beginn: 19 Uhr

Ort: Felmayer Scheune

Neukettenhoferst. 2-8, 2320 Schwechat

EU-Wahl-Großveranstaltung in Linz



Spöla

Der oberösterreichische EU-Wahl
Kandidat und
Präsident der
Volkshilfe
Josef
Weidenholzer

Im Zuge der Tour von Hannes Swoboda durch Österreich besucht der SPÖ-EU-Spitzenkandidat für die EU-Wahlen die Stahlstadt und europäische Kulturhauptstadt Linz. Die musikalische Untermalung wird

Sandra Pires vornehmen. Moderiert wird von der EAV-Legende Klaus Eberhartinger. Programm: 19 Uhr Musikalische Eröffnung mit Sandra Pires, 19.10 Hauptrede LH-Stv. Erich Haider, 19.50 Klaus Eberhartinger im Europa-Talk mit SPÖ-EU-Spitzenkandidat Hannes Swoboda und SPÖ-EU-Kandidat Josef Weidenholzer. Anmeldung: Gabriela Urban,

gabriela.urban@spoe.at

oder 0732/772611-0

Beginn: 19 Uhr (Einlass: 18.30 Uhr)

Design Center Linz

Europaplatz 1, 4020 Linz

Freitag, 15. Mai – Sonntag, 17. Mai

Angriff auf die historische Erinnerung

Politische Strategien mit antidemokratischen, rechtsextremen, geschichtsrevisionistischen, rassistischen, antisemitischen und weltverschwörerischen Inhalten bedienen sich einer Vielfalt traditioneller und moderner Medien. Damit sind auch Bibliotheken als klassische Orte der Informationsvermittlung herausgefordert. Wie gehen Bibliothekarinnen und Bibliothekare mit jenen Tendenzen um, die unter dem Vorwand der „Meinungsfreiheit“ die Demokratie missbrauchen? Anmeldung unbedingt erforderlich: Kornelia Heißl, 01-804 65 01-33 oder **heissl@renner-institut.at**

Auftaktveranstaltung: 15. Mai

Beginn 17.30 Uhr

Veranstaltungszentrum des DÖW

Altes Rathaus – Innenhof

Wipplingerstraße 6-8, 1010 Wien

Tagung: 16. + 17. Mai

Renner-Institut, Ziegelzimmer

Eingang Gartenhotel Altmannsdorf

Hoffingergasse 26, 1120 Wien

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber:

SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18

Chefin v. Dienst: Mag^a. Ute Pichler

Redaktion: Markus Bacher, Mag. Gerald

Demmel, Daniela Fazekas, Alexander Lutz,

Martin Oppenauer, Peter Slawik,

Fabian Max Wallner, Sabine Weinberger

Layout: Thomas Lehmann, Bildredaktion:

Emil Goldberg, Coverfoto: Bilderbox

Bildbearbeitung: Max Stohanzl,

Sekretariat: Michaela Pavelka,

Tel: 01/534 27/275, Verlag der SPÖ GmbH.,

1014 Wien, Löwelstraße 18

Hersteller: LeykamDruck, Wr. Neustadt

E-Mail: **spoe.aktuell@spoe.at**

Homepage: **www.spoe.at**

Ein guter Tag beginnt mit einem sanierten Budget.

KARL-HEINZ GRASSER

Nationalrat, 18. 10. 2000

Wie viel

profil

hat Ihre
Meinung?

MAGAZIN DES JAHRES 2008

JOURNALIST DES JAHRES 2008

Erhoben von „Der Journalist“ unter allen Printredaktionen.

www.profil.at abo service: 01/95 55-100